

„Starkes Hamburg - Eine permanente Herausforderung“

**Buchbeitrag von Harald Christ für das Buch „Hamburg - Mut zur Vision“,
herausgegeben von Michael Neumann.**

Jede der zahlreichen Untersuchungen über die Wirtschaftskraft der europäischen Metropolen bestätigt uns: Hamburg gehört zur Spitzengruppe. Überdies ist der Stadtstaat dank seiner ausgewogenen Wirtschaftsstruktur deutlich weniger krisenanfällig als andere Regionen. Die Hamburger sind stolz auf diese Position und können es sein. Diese Stellung muss Tag für Tag, Woche für Woche, Monat für Monat neu errungen und verteidigt werden. Das ist für die Kaufmannschaft der Stadt gewiss keine neue Erkenntnis, auch nicht das Denken und Planen in weltweiten Kategorien. Aber die Globalisierung von heute geht weit darüber hinaus: Die zunehmende, weltweite Durchdringung der Märkte, die Bedeutung der internationalen Finanzsysteme, der wachsende Welthandel, die Aktivitäten multinationaler Unternehmen („global player“), die neuen Telekommunikationstechniken mit ihren jederzeit abrufbaren Informationsmengen – das alles sind Rahmenbedingungen, mit denen es der Kaufmann früherer Tage nicht zu tun hatte, und sie befinden sich dazu noch in einem stürmischen Wandel.

Vor diesem Hintergrund muss sich auch das erfolgreiche Hamburg immer wieder neu mit der Frage auseinandersetzen: Ist die Stadt, ist ihre Wirtschaft so aufgestellt, dass sie ihre Stellung im Wettbewerb der Metropolen nicht nur halten, sondern ausbauen kann? Das setzt die nüchterne, auch selbstkritische Analyse der eigenen Stärken und Schwächen voraus. Wer seine Zukunft aktiv gestalten will, braucht eine Vision. Helmut Schmidts berühmter Drei Sterne-Artikel aus dem Jahr 1962 ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür. Ebenso unabdingbar ist dafür allerdings eine Antwort auf die Frage nach der Rolle des Staates im wirtschaftlichen Kräftespiel, nach dem Verhältnis von Staat und Markt. Ich plädiere dafür, dass wir uns auch und gerade in einer Zeit, die sich von den sechziger und siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts in vielerlei Hinsicht grundlegend unterscheidet, an den unvergessenen Ökonomen Karl Schiller erinnern. Sein Grundsatz „So viel staatliche Planung wie nötig, so viel Wettbewerb wie möglich“ war nicht nur ein griffiges Rezept. Es enthielt auch eine tiefe Einsicht: Es geht nicht ohne staatliche Planung, Aber sie darf nicht zur Gängelung werden, sondern sie muss Voraussetzungen schaffen, unter denen sich die wirtschaftlichen Kräfte möglichst effizient und breit entfalten können. Karl Schiller, in seiner bildhaften Sprache, nannte das „Die Pferde müssen saufen“. Aber der Staat muss dafür sorgen, dass genügend sauberes Wasser in der Tränke ist.

Die Herausforderungen, vor denen Hamburg heute steht, sind tatsächlich Chancen und zwar von einer Dimension, die man noch zu Schillers Zeiten, unter den Bedingungen der Teilung Europas, nicht für möglich gehalten hätte. Was muss Hamburg tun, um sie zu nutzen? Mir geht es hier nicht um den sozusagen klassischen, parteiübergreifenden Kanon hamburgischer Wirtschaftspolitik, vom Ausbau des Hafens bis zur Mittelstandsförderung, sondern um die Frage, wo mehr und vor allem deutlicher als bisher Schwerpunkte gesetzt werden müssen. Darin liegt keine Kritik am derzeitigen Senat, sondern ich beschreibe ganz einfach, was aus meiner Sicht unbestreitbar notwendig ist: Hamburg muss mehr, als dies in der Vergangenheit, auch zu Zeiten sozialdemokratischer Regierungsverantwortung geschehen ist, in sein Forschungs- und Entwicklungspotenzial investieren. Die Stadt braucht mehr Technologie-Cluster als Zentren jener engen Zusammenarbeit von Forschung und Wirtschaft, die der wichtigste Grund für die wirtschaftlich starke Stellung der süddeutschen Bundesländer (und ihre niedrigen Arbeitslosenquoten!) ist. Ich sage nicht, dass in dieser Hinsicht nichts geschieht. Aber es genügt noch nicht, und es muss schneller voran gehen. Die Tatsache, dass eine Metropole vom Rang Hamburgs es bis heute nicht geschafft hat, Sitz eines Instituts der

Fraunhofer-Gesellschaft zu werden, einer der weltweit renommiertesten Institutionen der angewandten Forschung, spricht für sich. Was sind die Ursachen? Wer sich die massiven Investitionen ansieht, die der Freistaat Bayern nicht erst neuerdings, sondern seit vielen Jahren in die Technologie-Region München gepumpt hat (teilweise auch mit Geldern, die dem einstigen Nehmerland Bayern aus dem Länderfinanzausgleich, also auch aus dem Zahlerland Hamburg zugeflossen sind) und das mit Hamburgs Aufwendungen vergleicht, stößt auf die Gründe. Ich sage nicht, dass in Hamburg in dieser Richtung nichts geschieht. Und ich bestreite nicht, dass in Hamburg in einzelnen Bereichen Spitzenforschung stattfindet. Aber es genügt nicht, es dauert zu lange, es fehlt der erforderliche Stellenwert im öffentlichen Bewusstsein, und, als Folge von alledem, eben auch der Wiederhall in den Medien. Man stößt in Hamburg, dieser wunderbaren Stadt, hin und wieder eben auch auf eine Einstellung, die ich als Mischung aus Umständlichkeit und Bedenkenträgerei charakterisieren möchte. (Helmut Schmidt war drastischer und nannte das „Krähwinkelei“). Überwunden werden können diese Defizite nur durch einen auch öffentlich wahrnehmbaren Schulterschluss von Staat und Wirtschaft. Der Staat allein ist überfordert.

Ein zweites Problemfeld ist aus meiner Sicht nicht weniger wichtig: Die Überwucherung der Wirtschaft durch staatliche Bürokratie, zunehmend auch durch die aus Brüssel. Ein Regelwerk, das den Produzenten vorschreibt, welchen Krümmungswinkel Salatgurken haben dürfen, um nur ein besonders drastisches Beispiel zu nennen, bedarf dringend der Durchleuchtung und drakonischen Auslichtung. Der Zeit- und Kostenaufwand der Wirtschaft zur Bedienung staatlichen Vorschriften nimmt nicht ab, sondern zu. Die umgekehrte Tendenz ist dringend erforderlich. Wir brauchen eine Entbürokratisierung auf breiter Front. Natürlich kann das, da es sich überwiegend um Bundesrecht und EU-Recht handelt, nicht ein Bundesland allein leisten. Aber Hamburg könnte ein entschlossenes, weithin sichtbares Signal setzen. Dazu genügt es nicht, wenn von Zeit zu Zeit hamburgisches Landesrecht daraufhin durchforstet wird, welche Vorschriften im Lauf der Zeit obsolet geworden sind. Was bitter Not tut, sind drastische Einschnitte, die wirklich im wörtlichen Sinne zu Buche schlagen und den Verwaltungs- und Berichtsaufwand der Wirtschaft, vor allem des Mittelstandes, spürbar entlasten. Ich kenne kein, von wem auch immer, aufgelegtes

Mittelstandsförderungsprogramm, von dem man ähnlich positive Wirkungen erwarten könnte. Alle Welt redet und schreibt heute darüber, dass der Ausstoß von CO₂ zum Schutz unseres Klimas begrenzt werden müsse. Das ist wahr und dringend erforderlich. Für unser wirtschaftliches Klima muss darüber hinaus noch ein anderer Ausstoß, und ebenso dringend, reduziert werden – die Produktion der Gesetzesmaschinerie in Bund und Ländern. Je weniger „Boom“ wir auf diesem Felde haben, desto mehr gedeiht die Wirtschaft. Auch diese Feststellung hat mit parteipolitischen Präferenzen nicht das geringste zu tun. Ich will eine dritte Herausforderung nennen, vor der Hamburg steht, und erwähne diesen Punkt allerdings dezidiert als Sozialdemokrat. Der soziale Frieden ist ein Standortfaktor ersten Ranges. Die Globalisierung mit dem Wettbewerb der Wirtschaftsregionen verleiht diesem Hinweis ein zusätzliches Gewicht. Darin liegt nicht nur eine Mahnung an die Tarifparteien, sondern mehr noch an die Politik. Der zum Glück nun gelöste Konflikt um die Teilveräußerung der HHLA war ein klassisches Beispiel dafür. Die Politik und die Unternehmen müssen die Arbeitnehmer, die in Sorge um ihre Arbeitsplätze sind und sich dabei auf bedrückende Vorgänge berufen können, „mitnehmen“ und sie einbinden in die Entscheidungen, die zu treffen sind. Zugleich sage ich, und das nun als Unternehmer: Die Gewerkschaften und Betriebsräte bedürfen jener Flexibilität, die sie befähigt, auf neue Herausforderungen angemessen zu reagieren. Das Beharren auf Besitzständen allein wird sich immer weniger als zielführend erweisen.

Zum sozialen Frieden als Standortfaktor gehört für mich: Niemandem, nicht der Politik, nicht der Wirtschaft, nicht den Gewerkschaften, kann an einer sozialen Desintegration des Gemeinwesens Freie und Hansestadt Hamburg gelegen sein. Die Sorge vor einem

Auseinanderdriften der Stadt in wohlhabende und benachteiligte Quartiere ist nicht neu, und staatliche Strategien zur Eindämmung einer solchen Entwicklung sind es auch nicht. Die Ergebnisse aber, und nur auf die kommt es an, lassen unverändert zu wünschen übrig. Das darf uns nicht gleichgültig lassen, ganz gleich, wo wir politisch stehen.

Ich würde mir, nicht nur auf diesem Feld der Stadtentwicklung, mehr hamburgischen Konsens wünschen - einen Kanon politischer und wirtschaftlicher Zielsetzungen, über den man sich jenseits aller Parteipolitik einig ist, und der deshalb auch Priorität und Kontinuität über die Wahltermine hinaus hat. Das Zusammenstehen aller politischen Lager, als es um Hamburgs Olympia-Bewerbung ging, hat gezeigt, dass eine solche Allianz des Grundsätzlichen möglich ist, und es gibt weitere Beispiele dafür – weshalb nicht auch in anderen, für die Zukunft dieser Stadt elementaren Fragen? Die Ausbildung unserer jungen Menschen und die Bedingungen dafür halte ich für ein solches Feld.